

Steffen Kampeter MdB: In Krisenzeiten Unionspositionen stärken!

Die weltweite Finanzmarktkrise ist in einer Konjunkturkrise gemündet, deren Ende nicht absehbar ist. Jeden Tag kommen neue Vorschläge zur Krisenüberwindung, die Halbwertszeiten von Maßnahmen nehmen beängstigend ab. Ein besonnener Politiker lässt sich davon nicht anstecken, auch nicht oder gerade nicht in Wahlzeiten. Es lohnt sich vielmehr, gerade jetzt einen Moment inne zu halten und sich die Grundwerte einer sachgerechten Politik aus Unionsicht in Erinnerung zu rufen.

Um es vorweg zu sagen: Es haben bei der Finanzmarktkrise nicht die Märkte versagt, wie die linken Vertreter uns Glauben machen wollen. Hier dürfen wir uns nicht von Populisten in die Irre führen lassen. Vielmehr hat auch der Staat versagt in seiner Pflicht, gute Rahmenbedingungen u.a. für die Aufsicht zu fassen und frühzeitig Warnsysteme aufzubauen. Weniger Markt ist genau die falsche Antwort, besser ist es, auf die Soziale Marktwirtschaft von Ludwig Erhard zu bauen. Dies gilt auch für Tendenzen, aufgrund der Konjunkturkrise den internationalen Handel einzudämmen. Mit Protektionismus erreichen wir nur, dass die Krise länger und tiefer wird. Das haben wir in der Weltwirtschaftskrise der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts bitter lernen müssen. Stereotypische Rezepte von Globalisierungsgegner, die jetzt einen gewissen Zulauf haben, gehören endgültig in die Mottenkiste.

Gleichzeitig haben wir fast unmerklich Maß und Mitte verlassen, ein wesentliches Kennzeichen einer Sozialen Marktwirtschaft. Ein Beispiel dazu: Während man gerne die hohen Zinssätze aus risikobehaftenden Geschäften einsteckte, wird jetzt, wo die Risiken in Verluste münden, nach dem Staat als Retter gerufen. Wir müssen die Richtung beibehalten: Wer in guten Zeiten Chancen nutzt, muss auch bereit sein, die Folgen der damit einher gehenden Risiken in schlechteren Zeiten zu tragen. Wir können nicht die Verluste sozialisieren. Ohne moralisierend zu sein: Etwas Bescheidenheit auch bei den Zinssätzen und damit bei der Übernahme von Risiken wäre angebracht gewesen. Weiterhin sind Gehälter, Abfindungsregelungen, Bonizahlungen etc. einiger Topmanager nicht mehr vermittelbar, zeigen vielmehr ungebremste Gier. Da aber gerade dies in den Medien breit diskutiert wird, verunglimpfen wir schnell all diejenigen, die mit angemessenen Gehältern gerade in kleinen und mittleren Betrieben Großartiges leisten. Auch hier müssen Maß und Mitte neu gefunden werden.

Wir müssen gerade in diesen Zeiten ehrlich zu unseren Bürgern sein. Nicht alle werden ohne Einschränkungen und Verlusten durch diese Krise gehen. Wer meint, mit einem Rundumwohlfühlpaket die Bürger beruhigen zu können, schafft im Gegenteil Unsicherheit oder gar Misstrauen. Daher dürfen wir jetzt nicht den Fehler machen, eine staatliche Versorgungs- und Absicherungsmentalität zu fördern, sondern müssen verdeutlichen, dass die Krise auch eine Chance darstellen kann. Staatliche Rundumversorgung führt letztlich zu einer Beschränkung von Freiheiten. Wir müssen genau den umgekehrten Weg einschreiten und den Wert von Freiheiten wieder neu bewusst machen. An einem Mentalitätswechsel dieser Art müssen wir arbeiten. Unsere Maßnahmen zur Krisenüberwindung müssen daher den Grundstock für den späteren Aufschwung legen, das heißt mehr Freiheiten ermöglichen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass man nicht wie die FDP eine Finanzpolitik der leere Menge vertritt: ein Teil der FDP verspricht Steuersenkungen, ein anderer eine Nettokreditaufnahme von null zusagt, während gleichzeitig ein dritter Teil mit Ausgabenwachstum plump den Mittelstand umgarnt. Die Union muss durch ein klares ordnungspolitisches Profil ein

Gegengewicht bilden und damit deutlich machen, dass diese Dissonanz der FDP nicht auf gehen kann.

Die Krise bietet der Union die Chance, ihr Profil zu stärken. Wir stehen für wirtschafts- und finanzpolitische Konzepte, die über den Tag hinaus tragfähig und nachhaltig sind. Billigen Populismus sollten wir anderen überlassen. Vermeintlich einfache Lösungen müssen entschleiert und auf ihren wahren Kern reduziert werden. Es gibt keinen Grund, von den bewährten Leitlinien unserer Unionspolitik abzuweichen.